

# Auer Tageblatt

Geschäftliche Anzeigen  
und für Anzeigen die Postämter  
empfangen. — Erscheint wochentlich.  
Gesamtpreis — Anschlag Nr. 23.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Postamt für Anzeigen aus Neu- und  
Umgebung 20 Pfennige, auswärts  
Anzeigen 25 Pfennige, Restposten  
je 20 Pfennige, auswärts je 25  
Pfennige, monatliche je 20  
Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 168

Mittwoch, den 20. Juli 1932

27. Jahrgang

# Maßnahmen gegen den Straßenterror

## Todesstrafe für den Gebrauch von Schusswaffen und Sprengstoffen angedroht

### Die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge

Auf Grund des § 2 der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 (RGBl. I S. 339) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten.

2. Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in fest umfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch nur gegen Eintrittskarten zugelassen ist. Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 (RGBl. I S. 339) Anwendung.

§ 2. 1. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

a) wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot des § 1 eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;

b) wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach § 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.

2. Mit Geldstrafe bis zu 150 RM wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder einem Aufzuge, die nach § 1 verboten sind, teilnimmt.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Berlin, den 18. Juli 1932.

Der Reichsminister des Innern.  
(ges.) Freiherr von G a u l

Berlin, 18. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitläufig überwiegenen Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite. Um die unmittelbare Gefahr neuer Ueberfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern mit dem heutigen Tage bis auf weiteres auf Grund der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen erlassen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechtes stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewußten Provokateuren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.

### Schärfste Maßnahmen

Berlin, 18. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Beim Erlaß der Rotverordnung, mit der das Uniformverbot und Demonstrationsverbot aufgehoben wurde, war zum Ausdruck gekommen, daß der Wahlkampf sich in geordneten Bahnen bewegen würde. Die Erwartungen, die an den Erlaß der Rotverordnung geknüpft wurden, sind, wie die Reichsregierung feststellt, nicht eingetroffen, und die Vorkommnisse der letzten Tage, besonders in Altona, haben ihre Veranlassung gegeben, noch heute eine Verordnung zu erlassen, die auf dem § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni d. J. basiert und ein Verbot aller Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel vorsieht. Zugelassen im gesamten Reichsgebiet sind nur solche Versammlungen, die in fest umfriedeten, für Dauerbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden, wobei der Besuch nur gegen Eintrittskarten zulässig ist (z. B. das Stadion im Grunewald usw.). Von unterrichteter Seite wird ausdrücklich erklärt, daß diese Verordnung der erste Schritt der Reichsregierung gegen die politischen Ausschreitungen ist und daß die Reichsregierung sich alle weiteren Maßnahmen vorbehält. Die Reichsregierung wird natürlich auch nicht davon zurückzusehen,

gegen die Kreise, die mit Sprengstoffen und Schusswaffen arbeiten, mit aller Strenge vorzugehen bis zu einer Bestimmung, solche Leute, die mit Schusswaffen oder Sprengstoffen in der Hand betroffen werden, an die Wand zu stellen. Solche Bestimmungen würden durchaus möglich sein ohne Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes. Die zivile Gerichtsbarkeit wird die Durchführung einer derartigen Verordnung in besonderen Schnellverfahren, bei denen absolut die Möglichkeit bestehen kann, die Todesstrafe zu verhängen, sichern können. Die Absicht, Sondergerichte einzurichten, besteht nicht.

Nach Auffassung zuständigen Stellen würde sich diese Bestimmung vor allem gegen die Kommunisten richten, die wie auch die gestrigen Vorgänge in Altona beweisen haben, dem Staate am meisten zu schaffen machen. In diesem Zusammenhang wird von unterrichteter Seite zu den in den letzten Tagen wiederholt erfolgten Anklagungen von politisch führenden Persönlichkeiten über eine beabsichtigte Bewaffnung ihrer Verbände erklärt, daß die Reichsregierung es in keinem Falle dulden wird, wenn sich irgendwelche Organisationen bewaffnen wollen.

### Berliner Stimmen zum Demonstrationsverbot

Berlin, 18. Juli. Die gestrigen blutigen Zwischenfälle in Altona und die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung bilden naturgemäß das Hauptthema in der Abendpresse. Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet das neue Demonstrationsverbot als erste Korrektur der Rotverordnung vom 28. Juni und macht der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie ihre Geduld bis zur äußersten Grenze angepöbelt habe. Wäre das Demonstrationsverbot am Sonnabend erlassen, dann wäre die Demonstration in Altona wahrscheinlich unterblieben, zwölf Menschenleben hätten gerettet werden können. Auch wer grundsätzlich jeder Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten abgeneigt sei, werde in einer so wirren

### Dr. Brüning gegen Schacht und Papen

Freiburg i. Br., 18. Juli. Vor 20 000 Zuhörern sprach am Montagabend Reichstagsminister a. D. Dr. Brüning in einer großen Zentrumskundgebung. Er habe, so führte Brüning aus, nicht ohne Grund das Wort von den 100 Metern vor dem Ziel gesprochen und nicht ohne Grund auch die künftige Reichsregierung auf seinen politischen Standpunkt vor dem Auslande festgelegt. Denn er habe damals schon gewußt, daß er seinen Worten nicht werde halten können. Man habe im Auslande immer wieder betont, daß es nur darauf ankomme, innenpolitisch die Dinge in die Hand zu bekommen, und daß man außenpolitisch mit sich sprechen lassen würde. Wenn der frühere deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht es so darstelle, als ob man in Lausanne durch Handeln alles erreicht habe, während früher mit Schanden gearbeitet wurde, so müsse er darauf erklären, daß vieles Handeln in Lausanne nicht mehr notwendig war, nachdem die meisten beteiligten Mächte nach Verhandlungen mit ihm — Brüning — bereits erklärt hätten, daß sie für restlose Schuldentilgung seien. Er — Brüning — sei darauf eingestellt gewesen, die unbenutzte Reparationslast zu besitzigen, allerdings auf andere Weise, als es Dr. Schacht in Paris und später gelungen sei, dem deutschen Volke wider seinen Willen den Youngplan aufzuzwingen. Solche Persönlichkeiten täten besser, sie würden bescheiden aus der Öffentlichkeit verschwinden. Dr. Brüning kritisierte dann die neue Reichsregierung, die sich damit begnüge, die bereits druckfertigen und zur Unterschrift bereiteten Verordnungen aus den Schreibtischen der Regierung Brüning zu nehmen und nach 3 oder 4 Wochen schlagartig in Kraft zu setzen. Brüning wachte sich dann scharf gegen die NSDAP. Vor Hitler fürchte sich das Zentrum nicht. Denn die Diktatur einer einzigen Partei werde sich das deutsche Volk nie gefallen lassen. (Anhaltender Beifall.)

### Hitlerkundgebung in Königsberg

Königsberg, 18. Juli. Die Nationalsozialisten veranstalteten gestern in Königsberg eine große Kundgebung, zu der zahlreiche SA-Abteilungen aus der Umgebung in die Stadt gekommen waren. Nach einem dreifünftägigen Umzug von rund 20 000 SA- und SS-Deuten, an dem auch 200 Kraftfahrzeuge des nationalsozialistischen Kraftfahrkorps teilnahmen, sprach auf dem Walter-Simon-Platz Adolf Hitler. Er erklärte, die Kundgebung sei nicht eine gewöhnliche Wahlversammlung, in der es um die Stimmen für Mandate oder Ministerstellen gehe, sondern ein Aufmarsch des zur Einigung bereiten Deutschland. Hitler kritisierte die

und aufgeregten Zeit der Beschränkung des Rechtes auf die Straße nicht widersprochen, wenn die Erfahrung immer wieder lehre, daß die Polizeikräfte technisch gar nicht in der Lage seien, den ungehörigen Verläufen großer Kundgebungen und ihren Schutz gegen Ueberfälle zu gewährleisten.

Der „Völkische Anzeiger“, der die Schuld für die dauernden Zusammenstöße bei der preussischen Regierung sieht, weist die Leistung der Polizei nicht die Kraft oder den Willen habe, dem Uebel an die Wurzel zu greifen, bezweifelt, ob es der Reichsregierung gelingen werde, „im Benehmen mit den Länderregierungen“ die Ordnung wiederherzustellen. Es komme darauf an, wer der preussischen Polizei die richtigen Aufträge gebe.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zweifelt, ob das Demonstrationsverbot ausreichen wird. Nicht die Versammlungen selbst seien ja zumeist bewaffneten Ueberfällen ausgesetzt, schon weil sie erfahrungsgemäß stark geschützt zu werden pflegen. Dagegen gebe es auch nach dem Demonstrationsverbot der Reichsregierung keinen hinreichenden Schutz für den Anmarsch der Versammlungsteilnehmer, und das Uebel werde nicht an der Wurzel abgedeckt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß kommunistische Gruppen Waffen besitzten und davon auch der Polizei gegenüber Gebrauch machen, die verpflichtet sei, angemeldete Umzüge zu schützen. Hier müsse angepaßt werden und zwar rücksichtslos und sofort. Das Blatt fordert in diesem Zusammenhang sofortige standrechtliche Maßnahmen gegenüber dem unerlaubten Waffenbesitz.

### Der Reichspräsident zur innenpolitischen Entwicklung

Berlin, 18. Juli. In einem Schreiben an den Reichspräsidenten hat der frühere mecklenburgische Minister Müller auf Äußerungen Hitlers in Weimar verwiesen, die besagten, daß hinter der „bürgerlichen Parole der Ruhe und Ordnung die Feigheit, Halbheit und Schwäche“ sich verberge. Gegenüber diesen Äußerungen erklärte Müller, es sei unerträglich, wenn man den Wunsch nach innerer Ruhe und staatlicher Ordnung für „feig“ erkläre.

Der Reichspräsident hat der „Völkischen Zeitung“ zufolge auf dieses Schreiben erwidert, er würdige die vaterländischen Beweggründe, die Müller zu seinen Darlegungen veranlaßt hätten. Im einzelnen lägen die Dinge vielfach anders, als sie in den Zeitungen geschildert würden. Er werde aber, so schließt die Erklärung Hindenburgs, die weitere Entwicklung auch fernerhin sorgfältig prüfen und, wenn tatsächlich diese politischen Zusammenhänge einen weiteren Umfang annehmen und zur Gewohnheit würden, nicht zögern, mit geeignet erscheinenden Maßnahmen einzugreifen.

Politik in den letzten 18 Jahren und bezeichnete als das nächste Ziel der NSDAP, die 80 Parteien von heute zu vernichten und alle Stände zusammenzufassen, um endlich von der Herrschaft in Parteien loszukommen. Die Nationalsozialisten erstrebten ein starkes Reich, von Menschen bemohnt, die zueinander ständen in Not und Gefahr und sich losagten von Standesdünkel, Neid und Haß. Ueber allem erhebe sich schon die deutsche Jugend, die das vollenden werde, was begonnen sei. Sinnlos habe man Deutschland gequält, ihm die Macht gezeigt und sein Heer aufgelöst. Aber aus dem Leid werde die Erhebung und Vergeltung kommen. Ein Tag dieser Erhebung und Vergeltung sei schon der 31. Juli, an dem es um Erbhörses gehe als um irgendein Regierungskompromiß.

### Der Christlich-Soziale Volksdienst gegen die Verwilderung des politischen Kampfes

Stuttgart, 18. Juli. Der Erste Reichsvorsitzende des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Simpfendorfer, in Korntal hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg in Reudel ein Telegramm gerichtet, in dem die Zeitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes im Hinblick auf die Verwilderung des politischen Kampfes, die Menschenleben über Menschenleben fordere, eine völlige Vernichtung der Staatsautorität bedeute und das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande auf das schwerste schädigen müsse, dringend bittet, alles zu tun, damit die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit als elementarste Aufgabe des Staates in Deutschland wieder als gewährleistet gelten könne.

### Amtsenthbung eines sozialdemokratischen Schulrates in Mecklenburg

Schwerin, 18. Juli. Der nationalsozialistische Unterrichtsminister Dr. Scharf hat heute vormittag dem sozialdemokratischen Landesführer und Regierungsrat Rud. Puls mitgeteilt, daß die neue Regierung auf seine weitere Beschäftigung zu verzichten beabsichtige. Puls dürfte in den einflussreichen Ruhestand versetzt werden.

### Nationalsozialistischer Protest beim Reichsinnenminister

Berlin, 18. Juli. Der Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Berlin der NSDAP, Hoegert, hat, wie er mitteilt, an den Reichsinnenminister ein Telegramm geschickt,